

Katholizismus und Sozialismus

Gespräche in Österreich

Abseits vom politischen Tagesgeschehen hat in Österreich ein Gespräch zwischen Katholiken und Sozialisten begonnen, das in seiner prinzipiellen Bedeutung für die Erneuerung Österreichs nicht verkannt werden sollte. Diese Bedeutung wird durch die Feststellung nicht gemindert, daß es sich bei diesen Aussprachen nicht um eine offizielle Fühlungnahme, um „Kirchenpolitik“ handelt, sondern das Ergebnis spontaner Versuche ohne Auftrag und wohl auch zunächst ohne unmittelbare politische Absicht darstellt. Wer beispielsweise die Geschichte der „religiösen Sozialisten“ der ersten Republik kennt, wird schon die Tatsache als günstiges Omen werten, daß beide Partner nach der Befreiung Österreichs ihre traditionelle Position neu umschrieben haben. Man erinnert sich der Erklärungen der österreichischen Bischöfe vom Vorjahr, die ihrem Wunsch nach Enthaltung des Klerus vom parteipolitischen Leben aussprach. Die Sozialistische Partei hat in ihrer neuen Organisation auf das Wiederaufleben des Freidenkerbundes und der anti-religiösen Propaganda verzichtet sowie auch anderweitig ihren Willen bekundet, einen neuen Weg zu gehen. Über das Taktische hinaus ist damit psychologisch das Vorfeld für eine neue Entwicklung bereinigt. Diese Entwicklung ist im übrigen Europa bereits in verschiedener Hinsicht sichtbar geworden. Sie wird nicht nur durch den Krieg hervorgerufen, der Katholizismus wie Sozialismus vor eine neue Situation gestellt hat, sie wird auch gefördert durch das Verständnis und die gegenseitige Achtung, die das gemeinsame Erlebnis des Nationalsozialismus Katholiken wie Sozialisten als einen der wenigen positiven Gewinne dieser Zeit schenkte. Man hat erklärt, daß seit der Gegenreformation und dem Josephinismus eine fatale Abhängigkeit vom Staat die Signatur des österreichischen Katholizismus wurde. Ohne die Berechtigung dieser These näher zu untersuchen, erläutert sie doch die scharfe Frontstellung der jungen Sozialdemokratie gegen die Kirche in den letzten Jahren der Monarchie, wobei sie allerdings in den Fehler aller ihrer Gegner verfiel, die zeitliche Erscheinung der Kirche und ihre Vertreter durch bürgerliche Parteien mit der geistigen Macht ihres Glaubens zu verwechseln.

Jedenfalls befand sich die erste Republik bereits in einer sozusagen historischen Zwangslage. Der politischen Vertretung des Katholizismus standen die Sozialisten entgegen und aus diesem Gegensatz, der sich bis tief in das private Leben der Bevölkerung auswirkte, entsprang ein ideologisches Schützengrabensystem, das keine echte Zusammenarbeit — die ja auch jede gesunde Opposition voraussetzt — zuließ. Die Kirche selbst wurde gegen ihren Willen ein Politikum und Männer von der Bedeutung eines Ignaz Seipel in den Tagesstreit gezerrt. Die Katastrophe von 1938 hat erwiesen, daß die neue Demokratie in einer tieferen Schicht ihr Fundament finden muß, in einer Gemeinsamkeit aller Bürger dieses Staates, die der Partei- und Tagespolitik vorausliegt und dadurch eben die Gegensätze aussöhnt. Unter diesem Gesichtswinkel verdient die Initiative dieser Gespräche besondere Aufmerksamkeit.

Der derzeitige politische Vertreter Österreichs in Paris, Norbert von Bischoff, regte bereits im Vorjahr eine Aussprache von Katholiken und Sozialisten an, deren Ernst und Sachlichkeit schon einen neuen Geist erwies. Eine

Lösung wurde auf der Linie einer Bereinigung der gegenseitigen Interessen sowie einer klaren Trennung von weltanschaulicher und politischer Doktrin gesucht. Seitdem ist das Gespräch an verschiedenen Orten und von verschiedenen Seiten, zum Teil völlig unabhängig voneinander, fortgesetzt worden. In Innsbruck setzte sich der Jesuit Kleinhappel mit dem Sozialismus in irenischem Sinn auseinander. In Wien hat letzthin ein Vortrag von Professor August Knoll im Rahmen des Instituts für Wissenschaft und Kunst einiges Aufsehen gemacht. Der Vortragende vertrat die These, daß die katholische Kirche in die weltlichen Angelegenheiten nur insoweit eingreifen wünsche, als Glaube oder Sitte gefährdet würden. Andererseits sei diese relative Selbständigkeit des weltlichen Bereichs durch die strikte Ablehnung der Kirche gegenüber jeder Despotie und Anarchie begrenzt. In Bezug auf den Marxismus wurde die These vertreten, daß er seine ökonomische Denkweise als weltanschaulichen Materialismus mißverstehe und durch dieses Mißverständnis seiner eigenen Ideologiekritik unterliege.

Auf sozialistischer Seite hat Anton Tesarek in der letzten Nummer der Führungszeitschrift „Zukunft“ aus Anlaß der bevorstehenden Fronleichnamsprozession der Katholiken warme Worte der Würdigung gefunden: „Viele Sozialisten haben mit Ergriffenheit die Bemühungen des Papstes um den Frieden, um die Kriegsgefangenen verfolgt, sie haben in kameradschaftlicher Verbundenheit in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Nazismus mit den Gläubigen der Kirche zusammengelebt, diese unterstützt und ihre Unterstützung angenommen“. „Die österreichische Arbeiterschaft nimmt nicht aus taktischen Überlegungen, sondern einfach aus der befreienden Erkenntnis, daß die Demokratie von heute jede Gesinnungsfreiheit tatsächlich verbürgt, Stellung: Der Fronleichnamstag soll in der zweiten Republik der Kirche allein gehören. Diese Entscheidung und Stellungnahme der Toleranz wird nicht vereinzelt bleiben.“ Was darf man also hoffen? Daß in der betonten Zurückgezogenheit dieser Begegnung vom Menschlichen her unserem Land der Gewinn der bitteren Erfahrungen seiner letzten Vergangenheit zuwachse. Weder überspannte Hoffnungen noch Skepsis sind hier am Platze. Noch viel weniger eine frühzeitige Politisierung dieses Gespräches. Denn hierbei geht es nicht um politische Erfolge, nicht um Kompromisse oder taktische Manöver, noch weniger um eine Neuorientierung im parteipolitischen Sinn. Es handelt sich ausschließlich um den Abbau von historischen Gegensätzen, der allein freilich schon geeignet wäre, der Demokratie ein neues Gesicht zu geben. Es ist bezeichnend für den Wunsch vor allem der jüngeren Generation, daß das Suchen nach einem neuen Weg gerade von Zeitschriften junger Katholiken und Sozialisten — es sei nur auf die letzten Hefte etwa des „Ruf“ oder des „Strom“ verwiesen — ausgesprochen wird. Das Nahziel eines Brückenschlages von Mensch zu Mensch wäre geeignet, das politische Leben mit der allmählichen Zurückgewinnung der staatlichen Souveränität auch innerlich freizumachen für einen neuen Anfang. Was diesem Ziel dient, verdient Förderung.

Probleme der Lohnbildung

Die Lohnprobleme gehören in aller Welt zu den vordringlichsten wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenwartsfragen. Die Auseinandersetzungen um die Lohnhöhe

beeinflussen die Wirtschaft des Erdballs. Die Auseinandersetzungen über die Lohnbildung verlaufen demgegenüber zwar im Hintergrund. Aber man glaube nicht, daß ihre Ergebnisse deswegen weniger wichtig seien. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß das Lohnsystem zu den entscheidenden Grundlagen des Wirtschaftslebens gehört.

Wahrhaft paradoxe Entwicklungen sind die Folgen dieser Tatsache. Rußland bildet sein Lohnsystem um und verzichtet damit teilweise auf die Verwirklichung seiner ideologischen Forderungen. Man könnte sogar sagen, daß es mit dieser Umbildung einen Schritt aus dem Bereich des angestrebten Wirtschaftssystems hinaus getan hat.

Auf der anderen Seite die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das Land, das das entgegengesetzte Wirtschaftssystem verteidigt. Es diskutiert und erwägt ein Lohnsystem, das seinem ganzen Wesen nach zu einem völligen Fremdkörper in der vorhandenen Wirtschaftsverfassung werden muß.

Die Sowjet-Union baut ein dem verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftssystem nachgebildetes Lohnsystem auf. In den Vereinigten Staaten erörtert man ein planwirtschaftliches Lohnsystem.

Dort bindet man die Entlohnung auf das strengste an den Wert der Arbeit und schafft Abstufungen, die viel stärker ausgebaut sind, als in irgend einem Land mit Gewerkschaften.

Hier fordert man den garantierten Jahreslohn.

Der Grund ist: in Rußland heißt das Ziel ganz allein: Erhöhung der Leistungen. In den Vereinigten Staaten regiert auch hier und gerade hier: das Streben nach Sicherheit.

Die Forderung nach garantierten Jahreslöhnen ist dabei in den Vereinigten Staaten weit älter als das Banner, das ihr jetzt vorausgetragen wird. Sie hat in der Roosevelt'schen Ära, in der Zeit des New Deal einen neuen Auftrieb erhalten. Die Diskussion um den garantierten Lohn ist auch nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt. Sie ging und geht um die ganze Welt. Ende der dreißiger Jahre wurden z. B. in Deutschland einzelne Versuche gemacht und diskutiert. In England spricht man von garantierten Wochenlöhnen.

In den Vereinigten Staaten aber ist die Erörterung durch den ganzen Aufwand an offiziellen und halboffiziellen wissenschaftlichen Untersuchungsmöglichkeiten, den dieses reiche und untersuchungsliebende Land besitzt, unterstützt worden. Ob es nur bei den Untersuchungen bleiben wird, weiß man heute, nach der Abkehr von den Roosevelt'schen planwirtschaftlichen Ideen, weniger denn je.

Der Ausgangspunkt der Erörterungen ist, wie gegenwärtig bei allem, was mit dem Streben nach Sicherheit in Einklang gebracht werden soll: die Vollbeschäftigung.

Sehen wir uns eine solche Untersuchung näher an, z. B. den Bericht, der auf Veranlassung des Präsidenten Roosevelt durch einen Untersuchungsausschuß des Office of War Mobilization and Reconversion verfaßt wurde. Eine der dort behandelten Grundfragen lautet: Welches ist der Zusammenhang der Pläne für garantierte Jahreslöhne mit anderen Gebieten, welche in Beziehung stehen zur Beschäftigung, zu Löhnen und zu den Bemühungen, Beschäftigung und Einkommen zu stabilisieren (wie z. B.

soziale Sicherheit, Mindestlöhne, Besteuerung, Bank- und Währungswesen usw.).

Der garantierte Jahreslohn wird also als ein Versuch angesehen, der Unsicherheit für den Arbeiter zu begegnen. So hat der Congress of Industrial Organizations (CIO) die Forderung nach garantierten Jahreslöhnen erhoben, und auch Teile der anderen amerikanischen Gewerkschaftsorganisation, der American Federation of Labor (AFL) begünstigen den Plan eines derartigen Lohnsystems. Zeitungsunternehmen haben sich in den Dienst der Sache gestellt.

Es scheint deswegen nicht ungerechtfertigt, wenn die katholische Wochenschrift „America“ (5. 10. 1946) behauptet, daß der garantierte Jahreslohn nicht ein Schein- oder ein politisches Manöver darstelle. Ein solches Projekt ist wohl zum mindesten bis zum Ende des vergangenen Jahres ernsthaft diskutiert worden.

Allerdings gewinnt man den Eindruck, daß die Diskussion noch nicht über die Problemstellung als solche hinausgekommen ist. Zwar haben sich bedeutsame Institutionen, wie die Harvard School of Business Administration, die Universität von Minnesota, die Brookings Institution und von staatlicher Seite, außer den genannten, das U.S. Bureau of Labor Statistics usw. damit befaßt. Von irgendwelchen Ergebnissen ist aber noch nichts bis zu uns herübergedrungen. Es sieht so aus, als ob selbst in den Vereinigten Staaten nicht viel bekannt wäre.

Ohne Zweifel steht der Plan eines derartigen Lohnsystems augenblicklich in engster Beziehung zu den konjunkturpolitischen Bemühungen, der Sorge vor einer neuen Krise. Vielleicht steht er auch in Zusammenhang mit den wiederaufgelebten, neuformulierten Kaufkraftlehren der Gewerkschaften.

Aber wie stehen die Unternehmer, die großen Industriekonzerne zu dem Plan? Wie stehen jene dazu, deren Einfluß auf die wirtschaftspolitische Gestaltung der Zukunft weit mehr zu Zuge kommen wird und die allen planwirtschaftlichen Maßnahmen recht abgeneigt sind? Es scheint, daß die Meinung geteilt gewesen ist. Große Unternehmen haben sich dafür ausgesprochen, andere dagegen.

Das angestrebte Lohnsystem ist nach alledem eine reine Arbeiterforderung, die in der Ära Roosevelt-Wallace auch eine allgemein wirtschaftspolitische Forderung gewesen ist. Es stellt eine organisatorische Maßnahme dar, die das beseitigen soll, was der Arbeiter am drückendsten empfindet: Die Daseinsunsicherheit. Es könnte somit ein Beitrag sein zu dem, was schon eine Hauptforderung der sozialen Enzykliken gewesen ist: Die Entproletarisierung.

Wird dieses Ziel allein mit einem garantierten Jahreslohn erreicht werden können? Trotzdem wir garnichts über die eigentliche Ausgestaltung dieses Jahreslohnes wissen, können wir doch wohl erklären: Das scheint außerordentlich zweifelhaft. Die Durchführung einer derartigen Lohnbildung bedeutet im Grunde ein Herumdoktorieren an einem Symptom. Sie muß daher mit all dem Vorbehalt betrachtet werden, der derartigem Vorgehen anerkannterweise entgegen zu bringen ist. Warum fühlen sich die Arbeiter denn unsicher? Nicht, weil sie keinen Anspruch auf einen Jahreslohn haben, sondern weil sie das Auf und Ab der Konjunktoren über ihre Betriebe zu spüren bekommen, weil sie in ihrer Produktion von der Art der Betriebsführung und der Betriebsform abhängig sind. Wird ein garantierter Jahreslohn

diese Grundursachen der gefürchteten Unsicherheit beseitigen können? Allerhöchstens zum Teil.

Die Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß für die Bemessung und Regelung des Arbeitslohnes drei verschiedene Gesichtspunkte maßgebend sein müssen (§ 70).

Der erste ist der *Lebensbedarf des Arbeiters* und der Arbeiterfamilie (§ 71). Dieser Gesichtspunkt hat die Forderung nach garantierten Jahreslöhnen bestimmt.

Der andere ist die *Lebensfähigkeit des Unternehmens* (§ 72). Er enthält die Frage, die gegenüber einem derartigen Projekt grundsätzlich erhoben werden muß: Vermag ein Unternehmen überhaupt einen Lohn auf so lange Zeit hinaus zu garantieren? Es ist nicht uninteressant zu hören, daß ein Unternehmer wie Ford erklärt haben soll: „Wir von der Ford Motor Company sind heute gewiß keineswegs in der Lage, einen Jahreslohn zu garantieren“, und daß auf der anderen Seite sein Konkurrent, die General Motors, vor dem Krieg einen „income security“-Plan vorbereitet, der 80 000 Arbeitern zum mindesten 60% eines Jahresstandardlohnes sicherte. Mit Kriegsausbruch wurde der Plan allerdings fallen gelassen. Andere Unternehmer zahlen heute schon gewisse Formen von Jahreslöhnen. Dennoch scheinen das alles Garantien zu sein, die nur während der Zeit des Aufschwunges, des Krieges und des jetzigen Nachkriegsbooms durchgehalten wurden. Werden sie auch gezahlt werden, wenn es zu dem gefürchteten Konjunktumschlag kommen sollte?

Es bleibt noch der dritte Gesichtspunkt der Enzyklika: die *allgemeine Wohlfahrt*. Unter diesem Gesichtspunkt stehen einander gegenüber: die Forderung nach dem Dauerlohn und nach dem Leistungslohn. Was ist für die allgemeine Wohlfahrt notwendiger, der stete Anreiz zu Leistungen, die Bezahlung entsprechend dem Wert der Arbeit oder die Beseitigung der Daseinsunsicherheit? So wird die Wahl charakterisiert, vor der wir stehen sollen. Sind es aber wirklich die beiden Möglichkeiten, vor denen wir allein stehen? Enthalten sie das Entweder-Oder, um das es geht? Nein. Es kommt darauf an, beides zu verbinden und es kommt vor allem darauf an, einzusehen, daß nur bei genügender und gleichmäßiger Produktion die dauernde Lohnzahlung zu einer wirklichen Daseinsicherheit führt.

Es kann sein, daß die Behauptung von Lord Beveridge: „Soziale Sicherheit heißt mehr und regelmäßiger Ausgaben für den Verbrauch“ richtig ist (sie war es z. B. für Deutschland in der ersten Zeit nach 1932). Es kann aber auch sein, daß sie falsch ist. (Das erleben wir jetzt. Geldfülle und Ausgabemöglichkeiten haben uns nicht vor steigender Verarmung bewahrt, sondern deren Zunahme noch unterstützt).

In einem so reichen Lande wie den Vereinigten Staaten überwiegt der Verteilungsgesichtspunkt. Daher wird auch von Unternehmenseite dem Plan eher zugestimmt werden. Die Bedingungen für eine Verwirklichung sind hier am ehesten gegeben. In einem armen Lande dagegen oder in einem Lande, das seine Industrialisierung steigern will, besteht deswegen der Produktionsgesichtspunkt und ist es daher zur Einführung eines differenzierten Leistungslohnes gekommen.

Es ist natürlich keineswegs ausgeschlossen, daß die amerikanischen Projekte beide Gesichtspunkte berücksichtigen, also in irgend einer Form das Prinzip des garantierten Lohnes mit dem des Leistungslohnes ver-

koppeln. Ob das der Fall ist, wissen wir leider nicht. Wir können daher nur sagen, daß allein eine Verbindung beider Gesichtspunkte die allgemeine Wohlfahrt auf die Dauer zu fördern vermag.

Ein Sozialprogramm der Katholischen Aktion in Italien

Das *Katholische Institut für sozialen Einsatz* mit den ihm angeschlossenen Organisationen hat der obersten Leitung der *Katholischen Aktion in Italien* folgende Entschlüsse, die ein umfassendes Sozialprogramm darstellen, unterbreitet:

1. Die Familie und ihre Probleme

Die „Front der Familie“ ist im Hinblick auf die Institution der Familie zu folgenden Erklärungen gekommen: Die Familie — eine Einrichtung der Natur, die mit angeborenen Rechten ausgestattet ist, die jedem positiven Recht vorangehen und überlegen sind — ist das erste und grundlegende Element der Gesellschaft. Die geistige und materielle Lebenskraft der Familie trägt mehr als jeder andere Faktor zur Bestimmung der geistigen und materiellen Lebenskraft der bürgerlichen Gesellschaft bei. Der Staat betrachtet es darum als eine seiner wesentlichen Aufgaben, alle Elemente zu stützen, die die Familie stärken, und gegen alle Elemente zu kämpfen, die sie schwächen. In Übereinstimmung mit der religiösen, sozialen und rechtlichen Überlieferung des italienischen Volkes erklärt der Staat als wesentliche Elemente für die geistige materielle Lebenskraft der Familie: den heiligen Charakter der Ehe und infolgedessen die Einheit und Unauflöslichkeit des ehelichen Bandes und die Illegalität aller propagandistischen, publizistischen, beruflichen oder sonstigen Auflehnungen, die die Verhinderung der Nachkommenschaft und die Abtreibung fördern;

die Familienhierarchie, durch die der Ehemann das Haupt der Familie ist, wenn die Ehegatten auch die gleichen Rechte und Pflichten hinsichtlich des Zusammenlebens, der Treue und der gegenseitigen Hilfe haben; die häusliche Mission der Frau — als ihren höchsten und unersetzlichen Beitrag zum sozialen Leben —, die durch geeignete allgemeine geistige Regelungen sowie durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet der Erziehung und der Schule und der sozialen Wirtschaft gefördert werden soll;

die unterschiedliche Bewertung von Familie und Konkubinat, legitimer und illegitimer Nachkommenschaft, wenn die Rechte der unschuldigen Kinder auch geschützt werden müssen;

das Recht der Eltern, ihre Kinder aufzuziehen, zu erziehen und zu unterrichten, indem sie frei die Personen und die Einrichtungen, die dazu dienen können, wählen; eine sanitäre Ordnung, in der die Familien alle nötigen Vorbeugungs- und Heilmittel finden können, die zum leiblichen Wohlergehen ihrer Mitglieder notwendig sind; ein Familienleben, dessen wichtigster Bestandteil die Einzelwohnung mit dem Charakter des „häuslichen Herdes“ ist;

eine Form von „einheitlichem“ Sozialschutz, der sich auf alle Kategorien erstreckt (indem er in vorteilhafter Vereinfachung Vorsorge, Hilfe und Familienunterstüt-